

Sudan: Hoffnung und Angst

Am 9. Juli ging mit der Unabhängigkeit des Südsudan der Traum vieler SüdsudaneseInnen in Erfüllung. Die Probleme der Region könnten damit allerdings nur noch größer werden.

Die Teilung des Sudan ist wohl mehr das „Verdienst“ des Regimes in Khartoum als der südsudanesischen Befreiungsbewegung SPLM. Der 2005 verstorbene John Garang war Unionist und kämpfte mit seiner SPLM für einen „New Sudan“, nicht für eine Abspaltung des Südens. Das Comprehensive Peace Agreement (CPA) zwischen Regime und SPLM sah noch die Möglichkeit vor, den Sudan zu demokratisieren und auf eine gemeinsame föderale Zukunft hinzuarbeiten.

Das 1989 durch einen Militärputsch an die Macht gekommene Regime um Umar al-Bashir in Khartoum bemühte sich aber nicht darum, die Einheit für den Süden attraktiv zu machen. Statt zu einer Demokratisierung führte der CPA zu einer Aufteilung von Macht und Ressourcen zwischen dem Regime in Khartoum und der SPLM im Süden. Die weitgehend gefälschten Wahlen stellten die Bevölkerung des Südsudans vor die Alternative sich weiterhin mit einem undemokratischen Regime in Khartoum zu unterstellen oder aber den gemeinsamen Staat zu verlassen.

Die Unabhängigkeit löst jedoch nur wenige Probleme und schafft viele neue. Auch nach der Unabhängigkeit ist der Grenzverlauf zwischen den beiden neuen Staaten nicht geklärt. Die Region Abyei, in der noch Ende Mai/Anfang Juni nordsudanesischen Truppen einmarschiert waren, ist bis heute umstritten. Das derzeit von der United Nations Interim Security Force for Abyei (UNISFA) kontrollierte Gebiet, wird weiterhin sowohl vom Süd- als auch vom Nordsudan beansprucht.

Die Provinz Südkordofan, in der nach dem CPA „popular consultations“ über die zukünftige Zugehörigkeit der Region stattfinden hätte sollen, wurde dieser Prozess vom Regime verhindert. Eine zentrale Rolle in der Behinderung dieses Prozesses spielte der Provinzgouverneur Ahmed Haroun, einer von drei Sudanese gegen den im Zusammenhang mit den Verbrechen in Darfur ein Haftbefehl des Internationalen Gerichtshofes (ICC) in Den Haag erlassen wurde. Das Regime in Khartoum hätte bei einer Durchführung solcher „popular consultation“ befürchten müssen, die Region mit starken nichtarabischen Minderheiten in den Nuba-Bergen zu verlieren. Nun könnten die Bevölkerung in den Nuba-Bergen noch stärker unter den Arabisierungs- und Islamisierungsdruck des Regimes geraten. Ähnliches gilt auch für die Provinz Blue Nile. Auch hier hätten „popular consultations“ stattfinden sollen. Die Zukunft beider Provinzen ist derzeit ebenso unklar, wie die des so genannten Ilemi-Dreiecks an der Grenze zu Kenia und Äthiopien.

Die neue Grenze zwischen dem Nord- und Südsudan durchschneidet eine ökologisch sensible Region am Südrand der Sahara. Über Jahrhunderte wurden diese Regionen von Nomaden und Bodenbauern genutzt. Die jahreszeitlichen Schwankungen zwischen Regen- und Trockenzeit führten hier zu sich überschneidenden Landrechten zwischen (in vielen

Fällen arabisierten) Nomaden und (nichtarabisierten) Bodenbauern. Jede Staatsgrenze durchschneidet damit traditionelle Landnutzungsrechte und kann deshalb zur Verschärfung der Konflikte beitragen.

Die Zukunft der SüdsudanesisInnen im Norden und der NordsudanesisInnen im Süden ist ungewiss. Andere Konflikte, von Darfur über die Ostregion bis zu den Nubiern im Norden, werden mit der Unabhängigkeit des Südens nicht gelöst, sondern möglicherweise sogar noch verschärft. Das Regime hat nun militärische Ressourcen zur Bekämpfung der Opposition frei und könnte einen weiteren Zerfall des Landes mit militärischer Gewalt zu verhindern versuchen.

Verteilungskämpfe werden sowohl im Norden als auch im Süden immer wieder zu ethnisierten Auseinandersetzungen. Der Süden ist ebenso bitterarm, wie periphere Regionen des Nordens. Außerhalb der Hauptstadt Juba fehlt jede öffentliche Infrastruktur.

Der Weg zu einer demokratischen Gesellschaft in der ein funktionierender Staat Menschenrechte respektiert und schützt, ist damit für beide Teile des Sudan keineswegs vorgezeichnet.

Thomas Schmidinger ist Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, Mitglied der Sudan Studies Association (SSA) und Research Fellow an der University of Minnesota.